

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 37 (1947)
Heft: 38

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Um die Wehrsteuer

-an- Die drei Spitzenverbände der Wirtschaft, *Bauernverband, Gewerbeverband und Handels- und Industrieverein* wünschen, dass die Eidgenossenschaft auf die Wehrsteuer verzichte. *Sozialdemokratie, PdA und Gewerkschaftsbund* wünschen, dass er sie beibehalte, schlagen ferne an Stelle des «Wehr-opfers», dessen Wiederholung nicht gewagt wird, ein «Friedensopfer» vor, dessen Ertragnis zur gehörigen Umschichtung der Schulden — denn darauf läuft schliesslich alles hinaus — verwendet werden müsste. Die von den Bürgern erhobenen paar hundert Millionen würden vom Bunde den Gläubigern überwiesen, so dass eine Anzahl der «Geschöpften» unter den Leuten wären, die «wiederbekommen». Der Nutzeffekt für die Eidgenossenschaft wäre eine ordentliche Zinsersparnis, für die Wirtschaft würde ungefähr oder sogar exakt die gleiche Summe wieder mobil gemacht, die man ihr vorher durch das «Opfer» entzogen. Man müsste diese Operation einmal von solchem Gesichtspunkt aus betrachten.

Aber es wird nicht zu einem Friedensopfer kommen, und am Ende auch nicht zu einer «Friedenssteuer», wie man die Wehrsteuer umtaufen könnte. Zwar haben die *Freisinnigen* sich mit schwacher Mehrheit für die Beibehaltung dieser direkten Bundessteuer ausgesprochen. Und *Finanzminister Nobs* ist auch der Ansicht, dass sie bleiben müsse. Die vorgerechnete Notwendigkeit, auf welche sich das Finanzprogramm stützt, operiert mit dem Expertenbericht *über die Finanzlage* und weist nach, dass die Besserung, die vorausgesehen worden, nicht eingetreten sei. Das bei Wegfall der Wehrsteuer gerissene Loch könne nicht ausgefüllt werden.

Ein Argument, welches wohl bei den *Verhandlungen des Bundesrates über das Problem* — sie waren anfangs dieser Woche im schärfsten Gange — eine Rolle spielen wird, ist sicher die *momentan günstige Finanzlage der Eidgenossenschaft*. Man hört, dass in den verfloßenen sieben Monaten volle 450 Millionen Schulden zurückbezahlt wurden, dass weitere 235 Millionen (Gotthardbahn und Jura-Simplonbahn 1895 und 1894) zurückbezahlt werden sollen. Insgesamt sind es 685 Millionen Franken. Demgegenüber sind nur 247 Millionen gepumpt worden. Fast 440 Millionen Plus also, wird der Laie sagen, aber nicht nur der Laie, sondern auch der Steuerzahler, der der Ansicht ist, die fünf- und batzenweise Umsatzsteuer sei weniger aufreizend als die Wehrsteuer. Und sollte der Bund bis zum Jahresende wirklich so viel mehr an Zöllen, an Stempelabgaben, an Erträgen aus der Umsatzsteuer und an Ueberschüssen aus den Ausgleichskassen einnehmen, als budgetiert worden, dann wird man dies dem Vater Bund vorrechnen. Der Ertrag der Zölle und der Stempelsteuer ist beispielsweise in sie-

ben Monaten, beinahe auf die Höhe gelangt, die man für 12 Monate voraussah.

Im übrigen ist es interessant genug, dass in diesem Konjunkturjahr, bis Silvester den gleichen Gang wie bisher angenommen, von den sieben zur Rückzahlung vorgemerkten Milliarden unter Umständen ein ganzer Zehntel getilgt werden kann. Ein Beweis für den Umstand, dass selbst die massivste Schuldenlast tilgbar ist, sofern die Wirtschaft floriert; die Kehrseite dürfte sich dann zeigen, wenn die Wirtschaft all die zurückbezahlten Millionen nicht mehr aufnehmen kann, was bei eintretender Abschwächung der Konjunktur der Fall sein würde.

Vor der UNO-Generalversammlung

Die *Friedensverträge für Finnland, Rumänien, Ungarn und Bulgarien* sind in Kraft getreten. Jugoslawen ziehen in *Pola*, Italiener in der *Venezia Giulia* ein. Aber auf der neutralistischen Linie zwischen Berlin und Teheran zuckt es.

In der *Tschechoslowakei* fängt es neuerdings zu rumoren an. Da haben in *Prag* die Kommunisten vorgeschlagen, eine Steuer auf dem Hausbesitz zu erheben, um die *Dürreschäden der Bauernschaft zu tilgen*. Der Ministerrat wehrte sich gegen eine solche Steuer, und sogleich gingen die Kommunisten, seit den Siegeswahlen die stärkste Partei, zum Angriff über. Die Minister, welche gegen das Projekt gestimmt hatten, wurden öffentlich angeprangert. Darauf schien sich eine Einheitsfront aller andern Parteien, auch der sozialdemokratischen und der volkssozialistischen des Präsidenten *Benesch*, bilden zu wollen. Allein im letzten Moment schwenkten die Sozialdemokraten ein und stellten sich an die Seite der Kommunisten. Nun wird also diese Steuer, wenn auch gemildert, eingetrieben werden, denn die beiden Parteien der Linken haben die Mehrheit im Parlament. Die Rechtsparteien wissen, was bezweckt wird: Einmal soll der Privatbesitz weiter geschmälert werden. Zum andern wollen die Kommunisten durch eine derartige Bauernhilfe *Wasser auf ihr Wahlmühlen* leiten.

Man kann nicht voraussagen, welche Folgen dieses Vorgehen der Mehrheit nach sich ziehen wird. Von den Katholiken in Böhmen bis zu den slowakischen «Demokraten», die sehr schwarz gefärbt sind, geht ein wachsender Unwille aus, der behauptet, Sozialisten und Kommunisten hätten längst nicht mehr die Volksmehrheit hinter sich. In den nächsten Wahlen würden sie unterliegen. Zum mindesten hätten die Kommunisten nichts zu lachen, wenn das Volk befragt würde. Die Bauern bedankten sich übrigens für eine Hilfe, welche ihnen auf Kosten des Privatbesitzes zuteil werden sollte. Sie hätten gar nicht im Sinn, die Basis weiter schmälern zu helfen, auf welcher sie als Berufsstand ruhen: Das Privateigentum.

Ist wohl die *aufgedeckte Verschwörung*

in der *Slowakei* eine Angelegenheit, die in eine Reihe mit den Vorkommnissen in *Ungarn*, in *Rumänien*, *Bulgarien* und *Jugoslawien* gestellt werden muss, ist sie am Ende nur die Bombe, welche von den kommunistischen Führern, die in der Regierung sitzen, auf die Wahlen hin bereitgestellt worden? Frühere Angehörige der *Hlinka-Garden*, so heisst es, hätten Zellen gebildet, Waffenvorräte angelegt, geheime Radiostationen eingerichtet, alles zum Zwecke, eine Revolution gegen die heutige Republik zu entfesseln. *Anschläge gegen die Regierenden*, vor allem gegen den Präsidenten *Benesch*, seien vorbereitet worden. Der Präsident ist in die *Slowakei* gereist, um dort seine Sommerferien zuzubringen. Das gegen ihn geplante Attentat wäre, wenn die Verschwörer nicht hochgegangen, in der Sommerfrische, im *Schloss Topolcianky*, erfolgt. Stimmen diese Nachrichten? Dann ist ein neues trübes Kapitel in den üblen Beziehungen zwischen den slowakischen Klerikalen und der tschechischen Mehrheit aufgeschlagen worden.

Die Verschwörer sollen in Verbindung mit den sogenannten *Benderovici* stehen, das heisst, mit den «ukrainischen Aufständischen», die sich nun schon seit zwei Jahren in den Grenzbergen zwischen Polen, Karpatorussland und der *Slowakei* gegen Polen und Russen geschlagen haben. Ehemalige SS-Leute, *Wlassow-Kosaken* und ukrainische Revolutionäre aus *Ostgalizien* haben sich, alles vogelfreie Existenzen, die keinen Pardon zu erwarten haben, zu Banden zusammengeschlossen. In den letzten Wochen schlugen sich ganze Abteilungen mit Hilfe slowakischer Bauern bis nach *Mähren* durch, wo sie in der Nähe von *Brünn* gestellt wurden, während ein Teil von ihnen in die amerikanische Zone von *Bayern* und *Oesterreich* gelangte. Wahrscheinlich haben die Gefangenen von *Brünn* Angaben gemacht, die nun zu den Verhaftungen in der *Slowakei* führten. Die *Prager* Regierung, die am meisten «westliche» volksdemokratische, kommt also gleich den andern Regierungen nicht um die Erkenntnis herum, dass sie unversöhnliche Kreise innerhalb ihrer Nation gegen sich hat. Und sie operiert wie die andern: Im gegebenen Moment lässt sie die mehr oder weniger organisierte Gegenrevolution hochgehen...

In Iran

hat der amerikanische Vertreter vor einigen Tagen bekanntgegeben, seine Regierung werde die persische mit allen Mitteln unterstützen, wenn sie in der Verteidigung ihrer Rechte Hilfe brauche. Die Welt horchte auf und fragte, was eine solche Erklärung wohl bedeuten möge. Kurz darauf verstand man ihren Sinn. *Russland* hatte seinen Gesandten angewiesen, dem iranischen Regierungschef eine Note vorzulesen, welche sich mit dem *Petrolabkommen vom letzten Jahr* befasste. In diesem Abkommen waren *Russland* Oel-



Rechts:
Um sich über die Notlage in Europa selber Rechenschaft geben zu können, hat sich eine Gruppe von amerikanischen Senatoren und Experten über den Atlantik begeben. Hier sehen wir sie auf dem Markt in Paris, wo sie selber einen Augenschein vornehmen

Links:
Zinaida Wyschinski, die Tochter des stellvertretenden russischen Aussenministers, ist auf dem Wege nach New York, wo sie mit ihrem Vater zusammen an der UNO-Generalversammlung teilnehmen wird, in London eingetroffen. Wie der Vater so die Tochter: Wyschinski glaubt bekanntlich in New York nicht ohne eine starke Leibwache auskommen zu können, und Zinaida wird ständig von einigen Mitgliedern der russischen Delegation auf Schritt und Tritt begleitet!



Konzessionen zugesprochen worden. Aber das Parlament, welches das letzte Wort hat, bekam das Abkommen nie zu Gesicht. Russland verlangte darum, dass die Regierung, wie sie versprochen, das Parlament zur Ratifizierung des Abkommens anhalte. Zur Unterstützung dieses Verlangens wurden die in russisch Aserbeidschan stehenden Divisionen zu Uebungen nahe der Grenze geschickt, und in Teheran berichteten Reisende und bestellte Beobachter von rollenden Panzereinheiten und vom Lärm der Mg-Salven, die jenseits des Aras-Flusses zu hören wären. Die iranische Antwort bestand in der Absendung bewaffneter Streitkräfte an die russische Grenze.

Für Moskau bedeutet es natürlich ein starkes Stück, dass Iran sich um die gewährten Konzessionen drückt. Selbstverständlich könnten die Perser sich nicht von sich aus zu derartigen Manövern erfreuen. Jemand muntert sie dazu auf, und nach der Lage der Dinge können es nur die Konkurrenten, die angelsächsischen Oelgesellschaften, sein, die eben die gesamten Oelvorräte im Iran kontrollieren wollen. Genau genommen handelt es sich um einen *Vertragsbruch der Teheraner Regierung*. Der russische Rückzug aus Aserbeidschan wurde vor einem Jahr durch das Konzessionsversprechen erkaufte. Und die Russen verlangten damals nichts, als was sie zur Zarenzeit bereits besessen und nur temporär wieder preisgegeben, damals nämlich, als Lenin im Jahre 1919 die Freundschaft Persiens durch den Verzicht auf die vorherigen russischen Interessen erkaufte.

Die amerikanische Politik deckt nun die eigenen Gesellschaften. Ins Programm der Abschnürung Russlands gehört selbstverständlich auch die Verhinderung seiner Oelversorgung ausserhalb der russischen Grenzen. Moskau braucht ungeheuer viel Petrol, viel mehr als es für die aufschliessende Industrie, die durchgehende Motorisierung des Verkehrs, der Armeebedürfnisse nicht zu ge-

denken, selber besitzt oder erschliessen kann. In Washington findet man, es sei an sich genug, dass Moskau die übrigen Mächte von den rumänischen, den galizischen, den west- und ostkaukasischen Oelvorkommen ausschliesse. Kühlen Herzens verlegt man ihm den Weg nach den nordpersischen Vorkommen. Und Moskau wird alles schlucken müssen. Das Motorenraseln und Mg-Knattern am südkaukasischen Grenzfluss schlägt nicht. Washington ist überzeugt, viel überzeugter als die Reden über die russische Gefahr dies vermuten lassen, dass Russland keinen Krieg wünschen kann und darf, aus dem simplen Grunde, weil es durch den vergangenen zu sehr geschwächt wurde.

Die USA werden ihre Offensive fortsetzen

Diesen Eindruck bestätigen täglich neue Meldungen. Europa hat nur halb begriffen, was beispielsweise *das pan-amerikanische Abkommen, das den Namen des brasilianischen Petropolis* trägt, bedeutet. Die Staaten der westlichen Hemisphäre haben *einen gemeinsamen Verteidigungsplan* aufgestellt. Wird einer der angeschlossenen Staaten von einem Gegner angegriffen, der von jenseits des Atlantik oder des Pazifik herkommt, dann kann er alle andern zu Hilfe rufen, und diese andern sind automatisch zur Hilfeleistung verpflichtet. *Der Raum*, über welchem sich diese Hilfeleistung erstreckt, schliesst den ganzen Kontinent ein, also auch die Gebiete, die zu europäischen Staaten gehören, dazu die Inseln, die man zur westlichen Hemisphäre rechnet, unter anderm die englischen *Falkland-Inseln*, auf die Argentinien auch heute noch Anspruch erhebt. Ferner gehört zum «Verteidigungsraum» auch *das dänische Grönland*. In *Kopenhagen* fragt man sich bestürzt nach den staatsrechtlichen Konsequenzen dieses amerikanischen Beschlusses und stellt fest, die Souveränität über Grönland gehöre faktisch nicht mehr den Dänen.

Nun stehen die Dinge freilich so, dass Amerika nicht daran denkt, im französischen Martinique oder in St.-Miquelon, in Britisch-Guyana oder im holländischen Surinam, oder auch in Dänemarks Kolonie Grönland keine Soldaten von drüben mehr zu dulden. Nur für den Fall, dass die Russen oder andere Gegner Pan-Amerikas sich im Verfolg eines Angriffes auf Frankreich oder England oder Dänemark in einem dieser Gebiete einnisten möchten, erklärt sich Washington als bedroht und angegriffen, und der Vertrag von Petropolis wird spielen.

Mit andern Worten: Die USA bauen ihre *Ausgangsbasis für jeden eventuellen Krieg* mit aller nur möglichen Entschlossenheit aus. In einer kommenden pan-amerikanischen Tagung wird die *Vereinheitlichung der Bewaffnung aller Armeen*, auch der wichtigen argentinischen und brasilianischen, auf der Tagesordnung stehen. Der «russische Koloss» mit seiner Zweihundertmillionen-Masse hat gegen sich als minimale gegnerische Macht den ebenso grossen Koloss der beiden Amerika. Diese Tatsache wurde in Petropolis zum erstenmal mit aller Deutlichkeit klargestellt.

Die Satzungen der UNO erlaubt derartige regionale Zusammenschlüsse, und nach der Absicht Amerikas wird es auch *andere dieser Art geben*, etwa den *Westblock in Europa*, mit dem von amerikanischem Kapital durchsetzten Afrika als Hintergrund, oder den *pan-arabischen Block*. Oder auch einen *Ostasienblock*, wenn es gelingt, im *Friedensvertrag mit Japan* so nebenbei die Interessen Australiens, Chinas und der USA wieder unter einen Hut zu bringen, was sie seit der amerikahörigen Industrialisierung Japans nicht mehr sind. Lauter Blöcke «im Rahmen der UNO», welche Russland umstellen und ihm demonstrieren sollen, wie gefährlich es sei, auszubrechen und die Grenze zu überschreiten, die man dem kommunistischen System — heute noch — zubilligt.